



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperfrist: Redebeginn

Statement

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

anlässlich der DSGVO-Presskonferenz bei der Jahrestagung
von Weltbank und Internationalem Währungsfonds

am 14. Oktober 2022 in Washington DC

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach zwei Jahren Corona-bedingter Abstinenz treffen wir uns wieder anlässlich der Herbsttagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Karolin Schriever und ich möchten Sie zu diesem Pressegespräch sehr herzlich begrüßen.

In diesem Jahr hat der Dialog von Verantwortlichen aus Politik, Notenbanken und Finanzwirtschaft hier in Washington eine ganz besondere Bedeutung. Denn wir stehen vor einer globalen Rezession – Europa ist besonders betroffen. Von einem Endspiel um den globalen Wohlstand hat der Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vor wenigen Tagen gesprochen ¹. Deshalb wünschen wir uns, dass von diesem Treffen eine klare Botschaft ausgeht: Die vor uns stehenden Bedrohungen können nur durch globale Kooperation bewältigt werden. Dies betrifft die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung. Es betrifft die Frage der sicheren Energieversorgung. Aber es geht auch um einen global koordinierten Kampf gegen die überaus hohen Inflationsraten.

Wir möchten unsere wirtschafts- und energiepolitischen Einschätzungen mit Ihnen teilen, Vorschläge unterbreiten, aber auch unseren eigenen Leistungsbeitrag beschreiben. Karolin Schriever wird das dann noch um einige Überlegungen zu notwendigen regulatorischen Maßnahmen ergänzen.

I.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa, stehen vor der wohl größten Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland ist wegen seiner Energie- und Rohstoffabhängigkeit und wegen seiner hohen Exportorientierung besonders betroffen. Russland greift nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte Nachkriegsordnung in Europa an. Das setzt auch unsere seitherige Wirtschaftsordnung und damit unseren erreichten Wohlstand einem erheblichen Stresstest aus. Denn besonders in Deutschland haben wir jahrelang ganz wesentlich von sehr günstiger Energie gelebt.

Die Lehren aus den neuen Rahmenbedingungen müssen rasch gezogen werden:

- Der Fähigkeit zur wirksamen Verteidigung muss höheres Gewicht gegeben werden, einschließlich dem Schutz der kritischen Infrastruktur.
- Wir brauchen nicht nur einen Austausch von Energieabhängigkeiten, sondern eine echte Energiewende – hin zu regenerativen Energien.
- Und unsere strategische Erpressbarkeit bei zukunftswichtigen Rohstoffen muss durch Diversifizierung verringert werden.

Wir erwarten deshalb eine neue Phase der Globalisierung: Auf der einen Seite wird Russland auf viele Jahre als möglicher Partner ausfallen. Im best case kann man in einer Nach-Putin-Ära

¹ Claudio Borio am 8. September 2022 bei der Cato Institute's Annual Monetary Conference

durch wirksame Abschreckung eine neue Mindeststabilität erreichen. China bleibt eine erhebliche Herausforderung. Auf der anderen Seite gilt es, weltweit neue Kooperationen aufzubauen, insbesondere bei Energie und Rohstoffen. Indien und andere wichtige Schwellenländer werden aus der neuen Bipolarität ihren eigenen Nutzen zu ziehen versuchen.

Die Welt wird sich also in neue Interessenblöcke gruppieren. Die damit verbundene Neuorganisation der Lieferketten, der Produktionsstätten, der Absatzwege und auch der Lagerhaltung wird die exportorientierte deutsche Industrie in besonderem Maße fordern. Wir sehen bei unseren gewerblichen Kunden, dass dieser Prozess der Re-Globalisierung bereits im Gange ist² und umfassende ökonomische Ressourcen fordert.

Dabei muss uns allen klar sein: Niemals zuvor waren so viele so grundlegende Transformationsprozesse gleichzeitig zu bewältigen. Das wird die ökonomische Substanz der deutschen Wirtschaft auf das Äußerste fordern. Wir sind aber davon überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft mit ihrer kräftigen Eigenkapitalsubstanz und ihrer hohen Flexibilität und Innovationskraft diese Herausforderung bewältigen wird. Es wird aber zwei bis drei sehr schwierige Jahre geben. Die müssen wir kraftvoll nutzen. Denn die günstigen Vorkrisenpreise bei Energie und Rohstoffen werden auf absehbare Zeit nicht wieder zurückkehren. Wir brauchen also rasch neue Strukturen.

Natürlich stehen aktuell akute Krisenhilfen im Vordergrund. Unternehmen, deren Geschäftsmodell durch die enorm gestiegenen Erdgas- und Strompreise in den kommenden Monaten bedroht ist, benötigen gezielte Überbrückungshilfen des Staates. Insofern ist es sehr wichtig, dass die Hilfe eines zeitlich begrenzten Maßnahmenpaketes jetzt schnell und gezielt bei den Unternehmen ankommen. Das ist auch eine Schlussfolgerung der von DSGV und DekaBank gemeinsam erstellten Befragung, die im sogenannten S-Finanzklima-Index zusammengefasst sind.

Die Energiepreise sind im Moment der größte Inflationstreiber. Sie wirken in der Breite der Unternehmen und Privathaushalte sehr belastend. Es ist deshalb richtig, dass die Politik auch einen anderen Weg als in der Corona-Pandemie verfolgt: Durch Deckelung des Gaspreises müssen Mindestenergiebedarfe bezahlbar gehalten werden. Und durch eine – zumindest zeitweilige – Änderung des Merit-Order-Prinzips sollte der Strompreis von einem politischen Gaspreis entkoppelt werden. Wir glauben, dass dies der effizienteste Weg staatlicher Unterstützung ist.

Aber uns allen muss klar sein: Das ist die Soforthilfe am Unfallort. Eine langfristige Therapie kann das nicht sein. Und es wird auch zwischenzeitlichen Wohlstandsverlust kosten. Ich halte es für richtig, dass allen sehr klar zu sagen. Denn zuweilen könnte man den Eindruck gewinnen, als hofften sehr viele, die Hilfe käme von Dritten. Der Staat kann Härten sozial abfedern, er sollte Hilfe dazu auch auf besonders Bedürftige konzentrieren. Die öffentlichen

² Ifo-Institut vom 6.10.22: 68 Prozent der Industriebetriebe erhöhen Lagerbestände, 65 Prozent verbreiterten ihre Zulieferbasis mit neuen Lieferanten und Bezugsquellen, 13 Prozent holen ausgelagerte Produktionsprozesse zurück ins Unternehmen.

Haushalte würden aber überfordert sein, wenn sie jegliche Belastungen bei nahezu allen ausgleichen sollen. Und das wäre auch nur ein kurzfristiger Effekt. Denn Schulden müssen zurückgezahlt werden.

Die Subventionierung von 1 Cent pro kWh Gas kostet die öffentlichen Haushalte rund 2,5 Mrd. EUR. Damit ist klar, dass damit nur begrenzte Zeit gekauft werden kann. Eine sehr kurze Zeit, die für eine wirksame Energiewende genutzt werden muss. Eine Energiewende, die uns von zu hohen Energiepreisen unabhängiger macht und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze erhält.

Diese kraftvolle Energiewende sollte aus unserer Sicht folgende Bestandteile haben:

- Alle in deutscher Hand liegenden Energiequellen müssen genutzt werden, um über erhöhtes Angebot den Markt zu entlasten.
- Dauerhafte Einsparungen gehen nur über energetische Sanierungen. Hier können sehr viele in Deutschland etwas beitragen. Durch kraftvolle Förderprogramme sollte ein Schwerpunkt bei den Immobilien gesetzt werden. Ziel sollte sein, die jährliche Sanierungsquote von 1 % auf rund 2 % des Immobilienbestandes zu erhöhen.
- Wir brauchen einen deutlich ehrgeizigeren Ausbau der regenerativen Energie: mehr Photovoltaik, mehr Windenergie Offshore und Onshore - und vor allem möglichst rasch Wasserstoffproduktion am Standort regenerativer Energieerzeugungen. Dazu müssen dringend einschränkende Regulierungen abgebaut werden, etwa bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen im Wohnungsbau.
- Und vor allem: Das Höchstspannungs-Leitungsnetz muss dringend und schnell ausgebaut werden. Es gibt in Deutschland genug Strom. Wir schaffen es derzeit aber nicht, dieses Angebot dorthin zu bringen, wo Bedarf besteht.

Ich möchte die Politik ermutigen, neben dem kurzfristigen Verzicht die deutsche Bevölkerung für ein solches umfassendes Reformprogramm zu gewinnen. Das braucht Schwerpunktsetzung und gute Erklärung der Gründe und der Perspektiven. Deshalb sage ich deutlich: Akute Krisenhilfe ist wichtig. Mittelfristig werden aber nur grundlegende Strukturveränderungen im Energiesektor helfen. Nur so arbeiten Erste Hilfe und echte Genesung Hand in Hand.

Dieses Vorgehen hätte auch den Vorteil, dass nicht nur öffentliche Mittel eingesetzt, sondern für die notwendigen Strukturinvestitionen sehr wirksam privates Kapital mobilisiert werden könnte. Das kann eine starke Hebelwirkung entfalten. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist bereit, diesen Strukturwandel umfassend zu finanzieren. Sie wissen, wir haben in den relevanten Bereichen Marktanteile von 30 bis 40 %. In dieser Größenordnung wollen wir Verantwortung übernehmen. Das setzt allerdings voraus, dass die viel beschworene „Zeitenwende“ auch bei den aufsichtlichen Rahmenbedingungen ankommt. Karolin Schriever wird dazu gleich noch etwas sagen.

II.

Natürlich, meine Damen und Herren, können Energiepreise durch die Geldpolitik nur bedingt beeinflusst werden. Auf diese Position kann und darf sich die Geldpolitik aber nicht zurückziehen. Denn die deutschen Erzeugerpreise sind im August um über 45 % gestiegen. Energiepreise sind dabei nur ein Faktor. Jeder sieht, dass überall die Preise deutlich steigen. Und bei genauer Betrachtung war dies auch bereits vor dem Ukraine-Krieg der Fall.

Die EZB hat eine Kernaufgabe: Preisstabilität. Es ist unschwer zu erkennen, dass sie hier tätig werden muss. Ich habe vor genau drei Jahren an dieser Stelle gesagt, dass der Schaden einer expansiven Geldpolitik inzwischen überwiegt und die Geldpolitik wieder auf einen soliden und nachhaltigen Pfad zurückfinden muss. Leider hat die EZB viel zu spät gehandelt. Deshalb erwarten wir, dass sie im Oktober und Dezember die Leitzinsen jeweils um mindestens 50 Basispunkte erhöhen muss. Ich halte bei einem Termin auch 75 Basispunkte für möglich.

Die Fed ist sehr viel entschlossener unterwegs. Die Fed Funds Target Rate liegt inzwischen in einer Spanne von 3 bis 3,25 %. Das Federal Open Market Committee geht in ihrer Zinsprojektion für Ende 2022 von 4,4 % und für 2023 von 4,6 % aus. Diese großen Zinsunterschiede zwischen den USA und dem Euro-Raum sind mit den folgenden Wechselkursentwicklungen zusätzliche Stressfaktoren für die exportorientierte europäische Wirtschaft.

Es wäre für die europäische Wirtschaft – und übrigens auch für die Staatsfinanzierung – leichter gewesen, sich früher in kleineren Schritten der absehbar neuen Situation anzupassen. Denn die hohen Inflationstendenzen waren ja spätestens Mitte letzten Jahres erkennbar. Wir haben das thematisiert. Jetzt gibt es zu scharfen Bremsmanövern keine Alternative, wenn die Inflation überhaupt noch gebändigt werden soll. Das Ziel der Geldwertstabilität muss stärker gewichtet werden als Fiskalinteressen.

III.

Die Finanzwirtschaft ist in dieser schwierigen Wirtschaftslage Teil der Lösung, nicht Teil des Problems. Natürlich belastet der schnelle Zinsanstieg die Geschäftsergebnisse der Sparkassen. Denn Wertberichtigungen auf festverzinsliche Wertpapiere sind unvermeidlich. Und wir müssen auch mit einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen rechnen, auch wenn sich das in unseren aktuellen Zahlen noch nicht widerspiegelt.

Nun sind allerdings die Wertpapierabschreibungen nur vorübergehender Natur. Die Sparkassen halten solche Papiere in aller Regel bis zur Endfälligkeit, bei der der volle Betrag zurückgezahlt wird. Wir haben jetzt einige Jahre praktisch ohne jegliche Kreditabschreibungen gesehen. Die Sparkassen haben das genutzt, um die dafür sonst notwendigen Mittel in Vorsorgereserven einzustellen. Die Institute sind also gerüstet, auch

früher übliche Ausfallsituationen wirtschaftlich gut zu verkraften. Breitere Ausfälle sollen ja die staatlichen Hilfen vermeiden helfen.

Ich gehe deshalb davon aus, dass die Sparkassen 2022 in etwa einen Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau erreichen werden. Allerdings wird es kaum möglich sein, nochmals in letztjährigen Größenordnungen die Vorsorgereserven weiter aufzustocken. Das alles bedeutet aber: Die Sparkassen haben die Kraft und die Substanz, auch in dieser Krise – wie in der Finanzkrise und in der Corona-Krise – wieder stabilisierend zu wirken. Und wir haben auch die Substanz und den Willen, die notwendigen Strukturveränderungen, Neugestaltung der Lieferketten, Dekarbonisierung und Energiewende entschlossen zu finanzieren.

Karolin Schriever wird etwas zu den dafür notwendigen Rahmenbedingungen sagen.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.